

Hinter der Plastikproduktion stehen sehr große Öl-, Erdgas- und Chemieunternehmen. Sie verfügen über Bohranlagen, Anlagen zur Aufspaltung der benötigten Grundchemikalien wie Ethylen, Plastik-Pellet-Fabriken und über die Infrastruktur zum Transport von Öl, Gas und Plastik. Damit sich ihre Investitionen lohnen, wollen sie immer mehr Plastik auf den Markt bringen. Die Hauptstrategien sind:

#### »Schuld sind immer die anderen.«

Verantwortlich für den Plastikmüllberg sind ihrer Meinung nach alle Verbraucher\*innen. Die Firmen versuchen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass Plastikmüll lediglich besser sortiert und recycelt werden muss. Was sie aber verschweigen: Es gibt in vielen Ländern weder Mülltrennung noch gute Recyclingmöglichkeiten. Besser wäre es, gar nicht erst so viel Plastik zu produzieren oder gesündere und umweltverträglichere Materialien zu nutzen. Denn das Plastikmüllproblem ist der Industrie von Beginn an bekannt.

**Greenwashing** Firmen, die Plastik herstellen oder nutzen, betonen immer wieder die Leichtigkeit des Materials, die zu emissionsärmeren Transporten führt. Getränkefirmen verteidigen zum Beispiel mit diesem Argument ihre Plastikflaschen gegenüber den schwereren Glasflaschen. Andere Firmen betonen den Hygiene-Aspekt oder die Beständigkeit von Kunststoff. Diese wenigen positiven Aspekte werden als sehr wichtig für die Gesellschaft oder die Umwelt hervorgehoben. Die negativen Auswirkungen der Plastikherstellung und -nutzung, zum Beispiel durch giftige Zusatzstoffe, werden von den

Firmen ignoriert, geleugnet oder nur unter hohem öffentlichem Druck zugegeben.

**Lobbyarbeit** Plastikfirmen haben ihre eigenen Interessensverbände. Diese Verbände versuchen, möglichst viel Einfluss auf Regierungen, Behörden und Politik zu nehmen. Sie verbreiten ihre Informationen weltweit. Einige beschäftigen Anwält\*innen, um Umweltgesetze zu verhindern oder Umweltauflagen zu umgehen.

Die Tatsache, dass Unternehmen ihre Interessen auf politischer Ebene vertreten, ist grundsätzlich nicht verwerflich, denn in einer Demokratie sollen alle gehört werden. Allerdings macht es einen großen Unterschied, ob sich jemand für das Allgemeinwohl einsetzt oder für seinen eigenen Profit. Außerdem herrscht kein Gleichgewicht zwischen dem Einfluss der Industrieverbände und der Zivilgesellschaft, zu der neben Umwelt-, Gesundheits- und Menschenrechtsorganisationen auch die Anwohner\*innen einer Fracking-Region gehören – und letztlich wir alle. Die Industrie hat weitaus mehr Personal und Geld zur Verfügung als alle anderen, um auf Gesetze und Regeln einzuwirken.

Manche Interessensvertreter\*innen der Industrie nehmen sogar verschiedene Rollen ein. Sie arbeiten für ihre Firma und übernehmen gleichzeitig eine Aufgabe in einer Behörde oder eine Funktion in der Politik. Einzelne Unternehmen oder Verbandsleute können dadurch in Ämtern direkt oder indirekt mitentscheiden und in ihrem eigenen Interesse Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen.

